

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 8

Artikel: Eine neue Politik
Autor: Grimm, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332108>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

14. JAHRGANG -- APRIL 1935 -- HEFT 8

Eine neue Politik

Von Robert Grimm.

I.

Meistens ist es undankbar, auf den Ernst einer kommenden Lage hinweisen zu müssen. Man wird leicht als Schwarzseher, als Skeptiker eingeschätzt. Aber das darf weder einen einzelnen noch eine Partei, die von Verantwortungsbewußtsein erfüllt ist, abhalten, auf die Tatsachenentwicklung und die aus ihr abzuleitenden Tendenzen aufmerksam zu machen. Das ist heute dringende und zwingende Pflicht, wenn das werktätige Volk nicht einer ähnlichen Entwicklung entgegengehen soll, wie die breiten Volksschichten der ganz- und halbfaschistischen Staaten.

Der Faschismus ist nicht nur der Versuch einer Konservierung der kapitalistischen Herrschaft mit den Mitteln der politischen Diktatur. Er ist zugleich der Ausdruck einer unrichtigen Einschätzung von gesellschaftlichen Tatsachenreihen und Tendenzen, Ergebnis des Nichtverstehenswollens einer neu sich entwickelnden Lage.

Ein Stichwort genügt, um den Beweis zu liefern: Deutschland ist nicht Italien! Mit diesem Schlagwort glaubte man in Deutschland jahrelang, den Faschismus abzutun. Wie es dann kam, darüber brauche ich an dieser Stelle nicht zu sprechen. Die Wirklichkeit redet eine deutliche Sprache.

Wir stehen zur Zeit in der Schweiz vor einer ähnlichen Situation. Zwar sind wir endlich so weit, daß der im Gutachten Grimm/Rothpletz enthaltene Hauptgedanke nach und nach von immer weiteren Kreisen verstanden wird: die gegenwärtige Krise ist ein Zustand, keine vorübergehende Erscheinung. Die frühern Wirtschaftszustände gehören der Vergangenheit an und kehren nicht wieder. Aber der tiefe Ernst der gegenwärtigen und der kommenden Lage wird immer noch zuwenig begriffen. Noch viel weniger werden begriffen die Konsequenzen, die sich aus der neuen Lage zwangsläufig ergeben müssen, wenn das Steuer der Politik des Landes nicht rechtzeitig herumgerissen werden kann.

Diese neue Lage entwickelt sich heute rascher als noch vor ein paar Monaten, und darum muß ihr vor allem die Arbeiterschaft volle Aufmerksamkeit schenken.

Wo stehen wir heute?

Die Krise hat im Jahre 1930 mit voller Schärfe eingesetzt. Optimisten wollten in ihr eine ähnliche Erscheinung sehen wie die Nachkriegskrise am Anfang der zwanziger Jahre. Die Arbeitslosenziffer sei damals noch größer gewesen als heute, und doch sei man mit den üblichen, althergebrachten Mitteln aus der Krise herausgekommen.

Heute hat sich die Arbeitslosigkeit verschärft. Hunderttausend Winterarbeitslose seit drei Jahren. Dieses Jahr hat sich die Arbeitslosenziffer erhöht. Ihre Vermehrung gegenüber den Vorwintern beträgt 10 Prozent. Die Wirtschaft lebt von Reserven, die langsam zur Neige gehen. Die Passivität der Handelsbilanz hat sich zwar vermindert. Aber das ist auf eine Verringerung des Importes, nicht auf eine Steigerung des Exportes zurückzuführen. Auch die Zahlungsbilanz, die wegen ihrer zum Teil undurchsichtigen Komponenten nur geschätzt werden kann, dürfte augenblicklich noch aktiv sein.

Augenblicklich noch. Wird das so bleiben? Das ist die große Frage. Die Umstände sprechen gegen ihre positive Beantwortung.

In latenter Form hat sich als zur Zeit wichtigster Faktor die allgemeine Vertrauenskrise entwickelt. In der Wirtschaft wie in der Politik.

Den beiden großen und den zahlreichen kleinern Finanzkatastrophen der letzten Jahre ist das eidgenössische Bankengesetz gefolgt. Es war die logische Folge der Zusammenbrüche. Aber, wie so oft in der Politik, ist der Sinn der gesetzgeberischen Maßnahme ein anderer geworden, als wie er in der Öffentlichkeit erscheint. Das Bankengesetz sollte den Zweck haben, die Tätigkeit der Finanzinstitute einer staatlichen Kontrolle zu unterstellen. Das ist in einem gewissen Umfange auch geschehen. Wenn aber die Bankleiter selbst dem Gesetz zugestimmt haben, taten sie es nicht, weil es ihre Bewegungsfreiheit einschränkte. Sie hofften, daß ihnen das Bankengesetz eine andere Bilanzierung der eingefrorenen oder sonst im Ausland gefährdeten Guthaben ermöglichen würde. Im Anschluß an das Bankengesetz und unter seiner Anrufung sind Versuche unternommen worden, die den Sinn des Gesetzes direkt in sein Gegenteil verkehren und statt der Bilanzklarheit und der Bilanzwahrheit der Verschleierung und Verfälschung der Bilanzen dienen sollten.

Trotz diesen Versuchen schreitet die Entwicklung weiter. Rapid und voller Gefahren.

Deutschland hatte nach der Schweiz bis vor kurzem einen Export, der den schweizerischen Export nach Deutschland um das Vierfache überstieg. Das ist jetzt anders geworden. Nach den verschiedenen Handelsabkommen Schweiz-Deutschland sollte der deutsche Exportüberschuß teilweise zur Zahlung schweizerischer Zins- und Kapitalguthaben verwendet werden, unter gleichzeitiger Herabsetzung der Zinssätze. Dieses Verfahren paßt Deutschland immer weniger. Es will seine Schulden nicht zahlen. Es will seine Verpflichtungen bewußt nicht erfüllen, auch nicht auf dem Wege eines Verrechnungsabkommens. *Schacht* gefällt sich in der Rolle des rücksichtslosen Bankrot-

teurs, der die Stellungen verschiebt und heute als Schuldner eine viel stärkere Position hat als seine gutmütigen Gläubiger. Schacht, der seinen Gläubigern hohnlächelnd sagt: Warum habt ihr uns Kredite erteilt? Warum waret ihr so unvorsichtig, uns Geld zu leihen? Ihr wußtet ja, daß wir schlechte Kerls sind!

Aus diesen Gründen drosselt Deutschland seinen Export und bindet einzelne Kategorien, wie beispielsweise die Kohlenausfuhr, nach der Schweiz an die Finanzierung des deutschen Touristenverkehrs in der Schweiz.

Der deutsche Export nach der Schweiz sinkt sozusagen von Monat zu Monat. Die im Verrechnungsabkommen in Aussicht gestellten Ziffern werden bei weitem nicht erreicht. Für die Zahlung der schweizerischen Guthaben in Deutschland bleibt immer weniger.

Jetzt ist auch das geltende Verrechnungsabkommen erledigt. Zur Zeit schweben Verhandlungen für eine neue Lösung. Aber wie immer diese, unter für die Schweiz außerordentlich ungünstigen Umständen vor sich gehenden Verhandlungen ausfallen mögen, eine Verbesserung der Lage entsteht für die Schweiz nicht. Die Zinssätze dürften neuerdings reduziert und mit Zahlungserschwernissen versehen werden. An die Wahrscheinlichkeit einer Rückzahlung der Guthaben selbst glaubt in der Schweiz kein vernünftiger Mensch mehr. Diese Guthaben sind so gut wie verloren, wie viele andere Kapitalien, die aus reiner Gier nach hoher Verzinsung in das Ausland wanderten, während schweizerische Kreditsuchende brutal zurückgebunden wurden.

Die Frage ist zur Zeit nur: Wie sag ich's meinem Kinde?

Solange die deutschen Schuldner zwar keine Kapitalzahlungen machten, aber den vereinbarten Zins zahlten, sorgte man sich nicht sonderlich. Die deutschen Guthaben figurierten mit den Nominalwerten in den schweizerischen Bankbilanzen. Die Zinssätze sind aber schon unter der Herrschaft des eben ablaufenden Verrechnungsabkommens bedenklich gesunken. Sie werden weiter sinken. Damit nähern wir uns dem Augenblick, da die wahre Situation dem Schweizervolk nicht mehr verschwiegen werden kann. Dann gilt es, Farbe zu bekennen. Die Banken kommen in die Zwangslage, ihre Bilanzen einer durchgreifenden Revision unterziehen zu müssen. Die zu 100 Prozent bewerteten, in Deutschland oder in andern Ländern eingefrorenen Guthaben müssen jetzt schon erheblich und eines Tages ganz abgeschrieben werden. Dazu aber reichen die eigenen Mittel der Banken nicht aus. Bei der Finanzlage des Bundes halte ich es für ausgeschlossen, daß seine Institutionen werden einspringen können wie bei der Diskontbank oder bei der Volksbank.

Dann aber kommt das dicke Ende. Die Bankherren werden klein und häßlich werden. Vorboten sind bereits da, in bedrohlicher Weise. Man verfolge die Kursentwicklung gewisser schweizerischer Bankaktien in der letzten Zeit. Einst hochwertige Papiere großer Bankfirmen notieren jetzt um 110 herum. Man braucht keine Namen zu nennen. Die Kurszettel der Börsen sprechen deutlich genug.

Wir werden also in der Schweiz mit einer wesentlichen Verschär-

fung der allgemeinen Vertrauenskrise zu rechnen haben. Ich will nicht prophezeien, die unmittelbaren Folgen nicht ausmalen. Sie werden bald genug in Erscheinung treten. Und wenn es zu einem Moratorium kommen sollte, dürfte das auch für die Landeswährung einiges bedeuten.

Diese sich verschärfende Vertrauenskrise kommt auch in der Politik, am deutlichsten im Augenblick wohl in dem Partisanenkampf um die Bundesratsersatzwahl, zum Ausdruck. Oberflächlich wird die Lage gekennzeichnet durch den Mangel an geeigneten Kronprinzen. Noch nie seit Bestehen des Bundesstaates vollzog sich, vom bürgerlichen Standpunkt aus gesehen, eine Bundesratswahl unter so peniblen, jämmerlichen Umständen. Die im Bundesrat regierende Partei hat kein geeignetes Holz. Sie läßt sich ihre Kandidaten von Drahtziehern aus dem klerikalen und bauernparteilichen Lager machen. Aber wer auch gekrönt werden mag, einen ihm ebenbürtigen Nachfolger erhält Schultheß nicht.

Warum nicht? Weil es sich überhaupt nicht um die Person handelt. Heute geht es um das System. Das bestehende System steht am Ende des Lateins. Jetzt handelt es sich um die Schaffung eines neuen Kurses. Wer auch immer Nachfolger von Schultheß werden mag — und wäre es selbst ein Sozialdemokrat —, dieser Nachfolger müßte scheitern, weil das System, das er repräsentieren, dessen Interessen er wahren soll, gescheitert ist.

Das spüren heute weite Volkskreise gefühlsmäßig. Die letzten Basler Wahlen haben es deutlich genug gezeigt. Aber diese Kreise erkennen die Zusammenhänge noch nicht. Sie fühlen die Verschärfung der Vertrauenskrise, aber sie besitzen die Erkenntnis noch nicht, wie diese Krise zu überwinden sei.

II.

Hier nun gilt es für die Vertrauensmänner des werktätigen Volkes einzusetzen, die Lage zu überprüfen und immer weitere Kreise mit der Lösung vertraut zu machen.

Wir haben zunächst auf die Folgen hinzuweisen, wenn versucht werden will, das bisherige System der Staats- und Wirtschaftspolitik weiterzuführen. Die Weiterführung dieses Systems bedeutet die bewußte Verschleierung der Tatsachen, ist der Versuch, den mit diesem System unvermeidlich verknüpften Zusammenbruch hinauszuschieben, ohne ihn verhindern zu können.

Dieser Versuch wird auf Kosten des werktätigen Volkes unternommen. Deflation und Abbaupolitik, Schutz der Kapital- und Besitzesinteressen auf Kosten der Lohnverdiener und der kleinen Habichtse in Landwirtschaft und Gewerbe ist die Folge.

Das Verhängnisvollste bei diesem Beginnen ist indes nicht einmal der Versuch selbst. Sehr viel schlimmer ist, daß seine Urheber und Vertreter sich gar nicht bewußt sind, wohin ihr Kurs notwendigerweise führen muß, wie verbrecherisch gefährlich ihr Spiel letzten Endes ist.

Das Resultat wird eine Entwicklung der Extreme sein. Theoretisch

ist diese Entwicklung nach beiden Seiten denkbar: nach rechts und nach links. In beiden Fällen ist sie unter den heutigen Verhältnissen gleich verhängnisvoll.

Die Rechtsentwicklung, durch das zähe Festhalten an einem in seinen Wurzeln bereits abgestorbenen System begünstigt, bedeutet die Förderung des Faschismus, immer zugegeben eines Faschismus in helvetischer Prägung. Bei den sprachlichen Verschiedenheiten, bei der psychologischen Struktur unserer Bevölkerung bedeutet der Faschismus in der Schweiz zugleich das Ende ihres Bestandes. Man täusche sich nicht. Auch ein Faschismus helvetischer Prägung kann, ohne dem deutschen Faschismus Vorschub zu leisten, nicht leben. Die Entwicklung des Schweizer Faschismus wäre eine direkte Einladung an den deutschen Faschismus, seinen Plan eines Groß-Deutschlands auch auf dem Gebiete der Schweiz zu verwirklichen. Für diesen Plan aber kommt nur die deutsche Schweiz in Betracht. Faschistische Herrschaft in der Schweiz — das ist die Sprengung der Eidgenossenschaft, ihr Zerfall, ihre Auflösung, ihre Vernichtung.

Das ist das große Verhängnis der Leute, die heute die entscheidende Politik der Schweiz machen. Sie sind geblendet vom Schlagwort des Kampfes gegen den Marxismus. Sie glauben, mit der Niederwerfung der selbständigen Arbeiterbewegung das System zu retten, und merken nicht, wie diese Entwicklung ihre innere Logik hat und zu einem Wendepunkt, zum Zusammenbruch und zur Auslöschung der Schweiz auf der europäischen Karte führt.

Eine Linksextrementwicklung müßte sich heute im Schatten der uns umgebenden faschistischen Staaten vollziehen. Unter dieser Linksentwicklung verstehe ich nicht nur die Machtergreifung durch das Proletariat mit demokratischen oder mit revolutionären Mitteln. Ich verstehe darunter auch eine integrale sozialistische Zielverwirklichung, mit sozialistischer Politik und sozialistischer Wirtschaft, mit der radikalen Aufhebung des Privateigentums und der Privatwirtschaft. Eine solche Politik inmitten der von faschistischer Großraumpolitik erfüllten faschistischen Staaten ist schlechterdings unmöglich. Sie müßte unter den gegebenen Verhältnissen eine unerhörte Angriffsfläche bedeuten und ebenso zum Zusammenbruch und der Vernichtung der Schweiz führen wie die Rechtsextrementwicklung.

Es mag unbequem sein, eine solche Feststellung zu machen, denn sie widerspricht überlieferten Anschauungen. Aber in den historischen Stunden, die wir durchleben, wäre es mehr als sinnlos, es wäre ein Verbrechen, diese Dinge nicht zu sehen, den Kopf in den Sand zu stecken und die Tatsachen zu ignorieren.

Die Verpflichtung, diese Dinge zu sehen, wie sie sind, ist auch eine internationale. In der Zeit, da Europa immer mehr vom Faschismus und von faschistischen Methoden beherrscht wird, erwächst der schweizerischen Arbeiterbewegung die Aufgabe, das demokratische Eiland zu schützen, und zwar zu schützen mit den Mitteln der Demokratie. Das kann nicht mit der Denkweise von 1919 geschehen. Die sozialdemokratische Politik inmitten eines faschistischen Europas hat von

andern Tatsachen und Ueberlegungen auszugehen als die sozialdemokratische Politik von 1919. Darum muß die sozialdemokratische Politik auch im Interesse der internationalen Solidarität von den neu gewordenen Tatsachen ausgehen. Sie kann unmittelbar, so bedauerlich das auch ist, keine sogenannte Endzielpolitik, keine Politik sein, die auf die radikale Erfüllung ihrer Endforderungen ausgeht, sobald entscheidende Machtverschiebungen eingetreten sind.

III.

Führt die Extrementwicklung nach beiden Seiten praktisch zu den gleichen Ergebnissen: zum Zerfall und der Vernichtung der Schweiz, zum Zerfall und der Vernichtung der Demokratie und ihrer Einrichtungen, so stellt sich die Frage, nach welchen Gesichtspunkten die schweizerische Politik in den nächsten Jahren bestimmt werden soll.

Die bisherige Politik der Schweiz war kapitalistisch. Sie wahrte in erster Linie die Interessen des Besitzes, des Kapitals. Soweit diese Interessen es zuließen oder soweit sie es notwendig machten, hat die offizielle Politik auch auf die Interessen der Arbeiterschaft Rücksicht genommen. Es wäre kurzsichtig, diese Tatsache nicht anzuerkennen, die Leistungen, die zum Vorteil des arbeitenden Volkes vollzogen wurden, zu leugnen.

Heute, da die Wirtschaft vor entscheidenden Wendungen steht, wird die kapitalistische Politik rücksichtsloser und durchsichtiger. Der reaktionäre Kampf gegen die Arbeiterbewegung ist weiter nichts als der Kampf für die Sicherung der kapitalistischen Interessen, für den Abbau der Löhne, der Lebenshaltung, der Sozialpolitik.

Von diesen Tendenzen wird natürlich nicht nur die Arbeiterschaft betroffen. Sie richten sich allgemein gegen die Besitzlosen in der Landwirtschaft wie im Gewerbe, gegen den sogenannten neuen Mittelstand der Beamten und Angestellten, gegen die intellektuellen Proletarier.

Diese Politik führt, wie wir sahen, in den Abgrund. Sie zerstört nicht nur die bisherige Lebenshaltung. Sie führt zum Faschismus, zur Vernichtung der Schweiz und ihrer Freiheit. Nach frühern, durch andere Zustände und Kräfteverhältnisse bedingten Anschauungen hätte diese Politik vom Standpunkt des klassenbewußten Arbeiters aus mit der Forderung nach der Verwirklichung des Sozialismus beantwortet werden müssen. Wir wissen, daß diese Losung heute weit über das Ziel hinausschießt, daß mit ihr heute auch die politische Macht nicht zu erobern ist.

Ist eine sozialistische Politik in diesem Sinne heute nicht möglich, so scheinen die Voraussetzungen einer andern Politik heranzureifen. Das ist die Konzentration und Politik der Mitte.

Es handelt sich hier nicht um eine Politik, wie sie in der Nachkriegszeit von ausländischen Schwesterparteien getrieben wurde. Nicht um eine Koalition von oben, von irgendwelcher Führung eingefädelt und angetrieben. Die kommende schweizerische Politik, die Konzentration der Mitte, wird nicht das Ergebnis ausgeklügelter Schlaueit

sein. Sie wächst aus dem Volk, aus der Krise, aus dem Zwang zur Selbstbehauptung der werktätigen Bevölkerung hervor. Sie ist nicht eine Angelegenheit der Politiker, nicht Sache geriebener Parlamentarier. Sie ist eine Sache des Volkes.

Daß diese Politik nicht sozialistisch im Sinne der unmittelbaren Endzielpolitik sein kann, versteht sich am Rand. Sie kann es schon deswegen nicht, weil sie nicht ausschließlich von der sozialistischen Arbeiterbewegung getragen sein wird. Konzentration der Mitte, das heißt Erfassung aller gutwilligen, am Bestand der Schweiz und ihrer demokratischen Einrichtungen interessierten Volkskreise. Konzentration der Mitte, das heißt gleichzeitig Erfassung aller Volkskreise, die durch den Kapitalismus in ihrer Existenz bedroht sind. Das Verbindende ist der Wille zum Leben, ein Wille aus der allgemeinen Notlage heraus geboren mit dem Ziel, sie zu überwinden. Es ist die Praxis des Lebens, nicht Theorie, die hier den Kitt bildet.

Dieser Wille hat in den Forderungen der Kriseninitiative seinen Niederschlag gefunden. Die Forderungen sind eigentlich Selbstverständlichkeiten. Sie entsprechen dem Geist, der in der schweizerischen Bundesverfassung enthalten ist. Die Bundesverfassung wollte einen Wohlfahrtsstaat schaffen. Sie sucht seine Verwirklichung auf dem Boden der individuellen Wohlfahrt und nennt als Mittel das Zusammenwirken aller. Die Kriseninitiative will nichts anderes, sie will es nur unter andern Umständen und Verhältnissen. Sie will den Grundsatz, der in der Verfassung enthalten ist, präzisieren und ihn endlich verwirklichen.

Diese Forderungen sind identisch mit dem andern Zweck der Bundesverfassung, mit der Erhaltung der Schweiz, ihrer Demokratie und ihrer Einrichtungen.

Forderungen allein genügen indes nicht. Zu ihrer Verwirklichung gehört der menschliche Wille, der sich bildet an der Erkenntnis ihres Wesens und der bestrebt ist, die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung zu schaffen.

Hier hat der sozialdemokratische Parteitag in Luzern wesentliche Vorarbeit geleistet. Zwar wurde die Beurteilung des Parteitages wesentlich beeinflußt durch den Verlauf seiner Debatten. Sie erweckten den Eindruck, als ob die Bedeutung des Parteitages und des neuen Programms auf dem Gebiete der Landesverteidigung liege. Das ist unzutreffend. Auf dem Gebiete der Landesverteidigung bringt das neue Parteiprogramm lediglich das Verhalten der Partei mit ihrem Verhalten zu den übrigen politischen Fragen in Uebereinstimmung. Das Programm erkennt die Landesverteidigung an, aber die Partei behält sich das selbstverständliche Recht vor, die einzelnen Forderungen der Regierung oder des Parlaments zu prüfen und, vom Einzelfall ausgehend, zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen. Das ist eine so ungekünstelte und klare Stellungnahme, daß die demagogischen Auslegungsversuche der Gegner an ihr abprallen werden.

Die tiefere Bedeutung des Parteitages liegt auf einem ganz andern Gebiete als auf dem der Militärfrage. Sie liegt im Bekenntnis zur De-

mokratie und zum Staat. Sie liegt im Willen, die Sozialdemokratie zur Trägerin des Staates zu machen, in der Erkenntnis, daß dieses Ziel nur gemeinsam mit den andern von der kapitalistischen Wirtschaft in ihrer Existenz bedrohten Volksschichten erreicht werden kann. In dieser Erkenntnis ist eingeschlossen, daß der Uebergang zum Sozialismus nur in einer Zwischenlösung von unbestimmter Dauer bestehen kann, deren Ausmaß nicht zuletzt von den internationalen Verhältnissen abhängt. Auch der Plan der Arbeit ist ein Zwischenprogramm, das viel weniger sozialistischen als antikapitalistischen Charakter trägt und sich der gegebenen Struktur der Schweiz weitgehend anpaßt.

Ist so das neue Parteiprogramm erfüllt vom Willen zur Erhaltung der Schweiz, so fragt es sich, ob dieser Wille auch bei den andern, nicht sozialdemokratischen Volksschichten vorhanden sei. Gefühlsmäßig sicher. Erkenntnismäßig wird es erst einer gewaltigen Aufklärungsarbeit bedürfen, um diesen Schichten verständlich zu machen, was die unvermeidliche Folge der heutigen offiziellen Politik des Bundes ist.

Auch die Programmfrage wird weiterer Abklärung bedürfen. Eine Politik der Mitte kann natürlich nicht darin bestehen, daß der eine Partner das Fleisch und der andere die Knochen bekommt.

So ist die neue Politik der Mitte in erster Linie als *Ziel* wichtig. Zu ihrer Verwirklichung gehört wesentlich mehr: die Einwirkung der sich in der nächsten Zeit rasch entwickelnden äußern Verhältnisse und die Schlußfolgerungen, die sich für die breiten Massen aus diesen Einwirkungen ergeben.

Aber es kommt in der Politik weniger auf Momentanlösungen an. Wesentlich ist, daß man die Entwicklung der objektiven Tatsachen sieht und die neue Politik in Uebereinstimmung mit dieser Entwicklung bringt. Trotz dem Geschrei der Gegner der Kriseninitiative, trotz den krampfhaften Versuchen, die alte Politik der liberal-kapitalistischen Epoche weiterzuführen, treibt die Entwicklung zu einer Konzentration der Mitte, zu einer Politik der bewußten antikapitalistischen Auffassung und damit zu einem neuen politischen Kurs der Schweiz, der ihre Erhaltung und die Existenz ihrer Bürger sichert.

Daß diese Entwicklung mit elementarer Gewalt aus dem Volk selbst hervorbricht, darin besteht ihre Größe.

Internationale Reallöhne, Beschäftigung und Produktion

Lohnpolitik und Krisenbekämpfung.

Von Dr. Judith Grünfeld.

Nach Ausbruch der Weltkrise wurde die Lohnsenkung von Arbeitgebern und reaktionären Regierungen als Hauptmittel der Krisenbekämpfung ausgegeben. Die Folge war in den meisten Ländern eine